



Forschungsergebnisse

Klimawandel bietet Innovationsanreize

Wirtschaftspolitische Analyse

Die Resilienz von Arbeit in Zeiten des Krieges

Standpunkt

Lehren aus der Russland-Falle

Foto: © weyo/stock.adobe.com

Migrationsschub aus Russland zu erwarten

Mehr als 5,5 Millionen Menschen sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine geflohen. Auch aus Russland fliehen als Folge der Invasion immer mehr Menschen. Die Gründe dafür dürften in der eingeschränkten Meinungsfreiheit, Angst vor politischer Verfolgung oder vor Einzug zum Militärdienst sowie in der schlechten ökonomischen Perspektive liegen.

Der Unterschied zwischen den derzeitigen russischen Migranten/-innen, die in die Nachbarländer auswandern, und den Geflüchteten aus der Ukraine besteht darin, dass die russische Auswanderungsgruppe überdurchschnittlich gut gebildet ist. Sie umfasst beispielsweise Spezialkräfte aus der IT-Branche und anderen kreativen Wirtschaftszweigen, die meist über Fremdsprachkenntnisse verfügen.

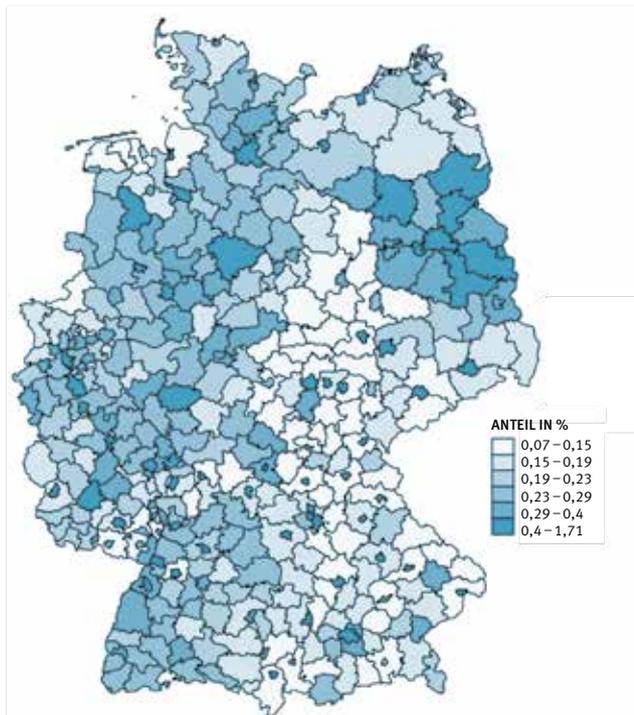
In der Vergangenheit unterhielten Deutschland und Russland starke wirtschaftliche Beziehungen, weiterhin ist die russische Diaspora hierzulande ausgeprägt, beispielsweise durch Spätaussiedler/innen. Als Folge könnte Deutschland für Russinnen

und Russen mittel- bis langfristig als Zielland ihrer Auswanderung an Bedeutung gewinnen. Die Empfehlung der Forscherinnen an die Politik lautet daher, eine entsprechende Strategie für den Umgang mit Zuwanderern aus Russland zu entwickeln. Denn politische Erwägungen und Fairness legen nahe, dass Menschen, die politische Verfolgung befürchten, in Deutschland aufgenommen werden sollen. Zur Ausgestaltung kluger Maßnahmen ist es wichtig, strategische Argumente zu berücksichtigen, Einwanderungspolitiken spezifisch an die russischen Besonderheiten anzupassen und entsprechende Kapazitäten für den künftigen Umgang mit russischen Zuwanderern vorzuhalten.

Menschen aus Russland haben sich vor allem in deutschen Großstädten angesiedelt

Sofern in naher Zukunft verstärkt Menschen aus Russland nach Deutschland migrieren, ist zu vermuten, dass sie grob den existierenden ethnischen Netzwerken folgen. Ende 2020 waren 263.305

ANTEIL RUSSISCHER STAATSANGEHÖRIGER AN DER BEVÖLKERUNG (31.12.2020)



Anmerkungen: Folgende Kreise werden zusammen dargestellt, da sie nur von einer Ausländerbehörde bearbeitet und daher nicht getrennt dargestellt werden können: Kassel Stadt und der Landkreis Kassel, alle Kreise im Saarland, Cottbus und der Landkreis Spree-Neiße.
Quelle: Statistisches Bundesamt, GENESIS-Online, Tabelle 12521-0041, eigene Darstellung.

russische Staatsbürger/innen in Deutschland registriert. Russische Staatsangehörige sind derzeit vor allem in Großstädten wie Berlin, Hamburg und München angesiedelt, wobei die Bevölkerungsanteile in Baden-Baden (1,7 Prozent), Bayreuth (1,1 Prozent), und Schweinfurt (0,9 Prozent) am höchsten sind. Die Zahl der Spätaussiedler/innen ist dagegen größer und etwas gleichmäßiger über ganz Deutschland verteilt, wenn auch konzentriert in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

Deutschland hat aufgrund der aktuellen Flug- und anderen Reisebeschränkungen zwar noch keine unmittelbare russische Migrationswelle erlebt. Aber Beispiele aus Ländern, die geografisch und kulturell näher an Russland liegen, sind aufschlussreich für das, was mittelfristig auch hierzulande zu erwarten ist.

Obwohl bisher keine offiziellen Schätzungen vorliegen, gibt es Hinweise darauf, dass die Zahl russischer Zuwanderer in ehemalige Sowjetrepubliken im Kaukasus und Zentralasien sowie die Türkei derzeit rasant steigen. Armenien zum Beispiel hat allein in den ersten drei Kriegswochen schätzungsweise bis zu 75.000 Menschen aus Russland aufgenommen, was 2,5 Prozent seiner Bevölkerung entspricht. Die Zahl der täglichen Flugverbindungen zwischen der Hauptstadt Jerewan und verschiedenen Zielen in Russland sollen sich im Vergleich zur Vorkriegszeit vervierfacht haben, während angesichts des Nachfrageschocks die lokalen Preise für Mietwohnungen und Büroräume in die Höhe schießen.

Download der ZEW-Kurzexpertise: www.zew.de/PU83292

Dr. Katrin Sommerfeld, katrin.sommerfeld@zew.de
Katia Gallegos Torres, katia.gallegostorres@zew.de

Osteuropäer/innen tragen zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes bei

Deutschland ist auf Arbeitskräfte aus anderen EU-Staaten massiv angewiesen. Infolge der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit hat sich die Zahl der zugewanderten Beschäftigten seit 2011 mehr als vervierfacht: 1,3 Millionen Osteuropäer/innen arbeiteten 2020 sozialversicherungspflichtig in Deutschland, vor allem in der Post- und Lagerwirtschaft, Fahrzeugführung und in der Reinigung. Der Großteil dieser Beschäftigten zahlt in die deutschen Sozialkassen ein. Anstellungen als Minijobber und Entsendungen spielen unter Osteuropäern/-innen eine immer geringere Rolle.

Eine Kurzexpertise des ZEW betrachtet die Folgen der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus Mittel- und Osteuropa für den deutschen Arbeitsmarkt. In den Jahren 2000 bis 2010 lag der Anteil ausländischer sozialversicherungspflichtig Beschäftigter relativ konstant bei rund 6,5 Prozent. Seit Inkrafttreten der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten im Jahr 2011 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus Osteuropa in Deutschland stark gestiegen: Ihr Anteil verdoppelte

sich bis zum Jahr 2020 beinahe auf 12,9 Prozent. Im Mittel kamen jährlich knapp 107.000 Personen aus den EU-8-Staaten Polen, Estland, Lettland, Litauen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn sowie aus den EU-2-Staaten Rumänien und Bulgarien nach Deutschland. Insgesamt nahm nach den EU-Osterweiterungen die Zahl der Osteuropäer/innen, die nach Deutschland einwanderten, stetig zu. Sie erreichte im Jahr 2020 mit rund 1,4 Millionen Beschäftigten einen Höhepunkt.

Dieses Beschäftigungswachstum ist stark durch voll sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus Osteuropa getrieben und nicht durch Minijobber. Osteuropäer/innen zahlen also in die deutschen Sozialkassen ein und erwerben entsprechende Ansprüche. Andere Beschäftigungsformen wie Entsendungen, geringfügige Beschäftigung und Selbstständigkeit stagnieren seit Jahren auf einem deutlich niedrigeren Niveau. So arbeiteten in den vergangenen Jahren rund 90.000 Beschäftigte in Minijobs, und der Anteil der Minijobber sank von einem knappen Viertel auf lediglich acht Prozent (EU-8) beziehungsweise neun

Prozent (EU-2). Für die EU-8-Länder sind auch Entsendungen eine wichtige Beschäftigungsform, die sich seit 2011 bei rund 250.000 Personen eingependelt hat. Die Zahl an Selbstständigen aus den EU-8- und EU-2-Staaten verharrt recht stabil auf niedrigem Niveau.

Osteuropäer/innen sind häufig in Berufen mit Fachkräfte-Engpässen tätig

Ein Blick auf die Berufsgruppen, in denen Osteuropäer/innen tätig sind, zeigt: Die absolute Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die aus EU-8- und EU-2-Ländern stammen, ist in der Post- und Lagerwirtschaft mit rund 171.000 am größten. Mit Abstand folgen Berufe in der Fahrzeugführung im Straßenverkehr (mehr als 107.000) und in der Reinigung (mehr als 102.000). Den größten Anteil osteuropäischer Beschäftigung gibt es in der Reinigung (36 Prozent), in der Lebensmittel- und Genussmittelherstellung (33 Prozent) sowie im Hochbau (32 Prozent). Gerade Berufe in diesen Branchen sind durch niedrige Anforderungen an Sprachkenntnisse oder an andere interaktive Nicht-Routine-Aufgaben gekennzeichnet. Viele der Beschäftigten aus den EU-8- und EU-2-Ländern arbeiten zwar als Fachkräfte, aber oftmals unter ihrem Qualifikationsniveau. So zeigt eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, dass

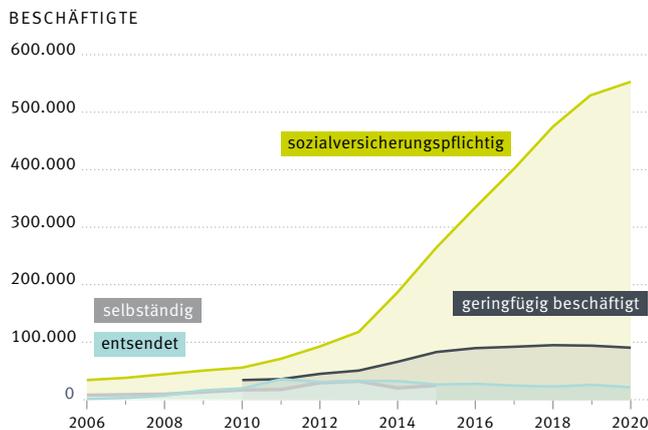
zum Beispiel 25 Prozent der zwischen 2010 und 2015 Zugewanderten aus Rumänien und Polen einen Hochschulabschluss hatten. Für die Zukunft ist es daher erforderlich, die Qualifikationen der Zuwanderer noch besser als bisher zu nutzen. Politische Anstrengungen sollten darauf abzielen, Menschen aus Osteuropa entsprechende Karrierewege zu eröffnen.

Zudem arbeiten Beschäftigte aus den neuen EU-Ländern im Vergleich zu Deutschen überproportional häufig in Berufsgruppen, die Fachkräfte-Engpässe aufweisen. Dies trifft laut ZEW-Analyse auf sechs der 15 Berufsgruppen zu, in denen Osteuropäer/innen am häufigsten tätig sind. Darunter fallen unter anderem Kranken- und Altenpflege, Metallbau oder Landwirtschaft. 43 Prozent der EU-Beschäftigten arbeiten in Engpass-Berufen, während das nur für rund 32 Prozent der Einheimischen gilt. Allerdings ist davon auszugehen, dass die bisherige Zuwanderung nicht ausreicht, um die bestehenden und für die Zukunft erwarteten Fachkräfte-Engpässe zu kompensieren. Ob weitere Migrantengruppen, wie die Asylzuwanderung oder der jüngste Zustrom ukrainischer Geflüchteter, einen Beitrag zur Beseitigung der Engpässe in den genannten Berufen werden leisten können, ist indes noch unklar.

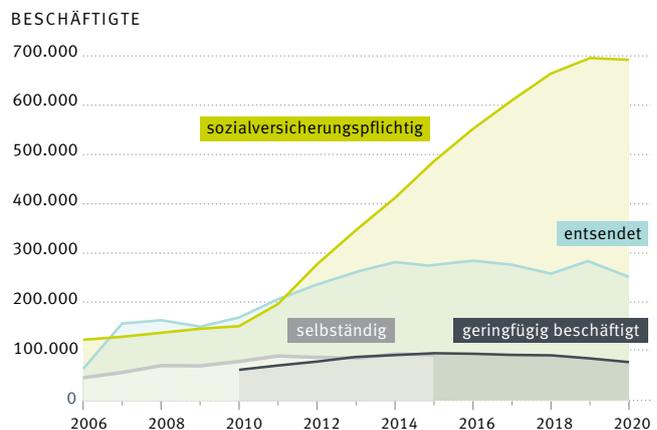
Download der Studie unter: www.zew.de/PU83319

Dr. Katrin Sommerfeld, katrin.sommerfeld@zew.de
 Katia Gallegos Torres, katia.gallegostorres@zew.de

FORMEN DER BESCHÄFTIGUNG: EU-2



FORMEN DER BESCHÄFTIGUNG: EU-8



QUELLE: Entsendungen: Europäische Kommission – HIVA Research Institute for Work and Society, University of Leuven (KU Leuven) für die Jahre ab 2012, und Wagner & Hassel (2015) für die Daten vor 2012. Geringfügig und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Bundesagentur für Arbeit für die Jahre ab 2010, Wagner & Hassel (2015) für die Jahre davor. Selbständige: Mikrozensus (2006–2015), eigene Berechnungen.

INHALT

Migrationsschub aus Russland zu erwarten 1
 Osteuropäer/innen tragen zur Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes bei 2
 Die Resilienz von Arbeit in Zeiten des Krieges..... 4
 Zu langes Festhalten an Krisenpolitiken begünstigt Zombifizierung der Wirtschaft 5
 Klimawandel bietet deutschen Unternehmen vielfältige Innovationsanreize 6

Wie hängen Umweltkatastrophen und die Überzeugung zum Klimawandel zusammen? 7
 Gegner/innen des politischen Systems der DDR leben seit dem Mauerfall zufriedener 8
 Nachgefragt: Wie lassen sich Immobilien für die Altersvorsorge nutzen? . . . 9
 ZEW intern 10
 Daten und Fakten, Termine 11
 Standpunkt 12

Die Resilienz von Arbeit in Zeiten des Krieges

In Folge des Kriegs in der Ukraine und der westlichen Sanktionen gegen Russland steigen die Energie- und Rohstoffpreise. Der tägliche Einkauf kostet mehr, Ölrechnungen und Inflationsprognosen schnellen nach oben. Unternehmen etwa der Chemie- und Logistikbranche, die direkt von den Preiserhöhungen bei Gas, Öl und anderen Rohstoffen betroffen sind, überarbeiten ihre Geschäftsmodelle. Zwar sinken die Arbeitskosten bei unerwartet höheren Inflationsraten und nominal konstanten Löhnen. Dies wirkt temporär stabilisierend. Auch wird mehr Arbeit in der Rüstungsindustrie, beim Sparen von Energie und bei alternativen Energien eingesetzt. Jedoch könnte die gesamtwirtschaftliche Güternachfrage zurückgehen. Denn auch die Menschen beginnen zu überlegen, welche Güter sie vorrangig benötigen und auf welche sie eher verzichten können, sollten die Preissteigerungen andauern.

Je nachdem, wie lange Krieg und Sanktionen dauern, können weitere Preissteigerungen und auch umfangreichere wirtschaftliche Verwerfungen nicht ausgeschlossen werden. Diese aktuelle Entwicklung folgt auf den wirtschaftlichen Einbruch durch die noch nicht vollständig überwundene Corona-Pandemie und auf einen (moderaten) Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Wirtschaftstätigkeit in Deutschland, der bereits 2019 einsetzte. Trotz dieser Risiken erweist sich der Arbeitsmarkt bisher als relativ robust – sieht man einmal davon ab, dass Mitte 2020 bis zu sieben Millionen Menschen in Kurzarbeit waren.

Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaftstätigkeit, Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit

Angesichts der aktuellen kriegsbedingten Unsicherheit stellt sich nun in Politik und Wirtschaft erneut die Frage, wie es mit der Arbeit weitergehen wird. Es mangelt nicht an Modellen und Szenarien zur Abschätzung der weiteren Entwicklung: Die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat veröffentlichen regelmäßig neue Prognosen. Im Fokus steht dabei zunächst vorrangig die Abschätzung der Wirtschaftsentwicklung. Falls es zu einer wirtschaftlichen Rezession kommen sollte, hat diese aber auch Auswirkungen auf die Arbeit.

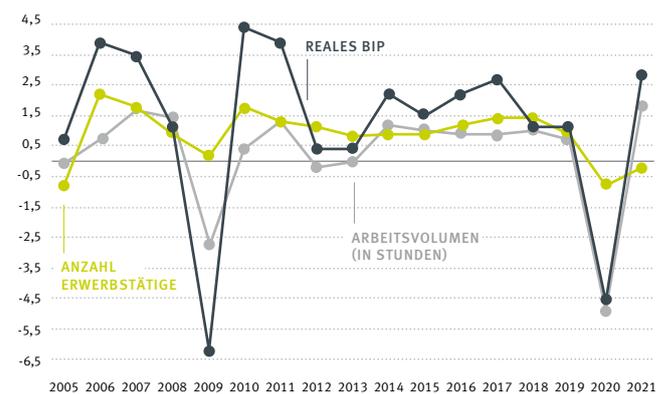
Betrachtet man auf der Basis gesamtwirtschaftlicher Größen die Zusammenhänge der Entwicklungen von Wirtschaftstätigkeit, Arbeitsvolumen und Erwerbstätigkeit in Deutschland aus einer historischen Perspektive, zeigt sich ein eng miteinander verwobenes Bild. Ein Blick auf die jüngere Vergangenheit hilft, Hinweise auf die Resilienz von Arbeit in Zeiten des Krieges in der Ukraine und der damit einhergehenden wirtschaftlichen Veränderungsprozesse zu erhalten. Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen Arbeit und Wirtschaft im Zeitraum zwischen 2005 und 2021. In diesen sechzehn Jahren gab es zwei Rezessionen, 2008/09 in Folge der Banken- und Immobilienkrise in den USA und 2020/21 in Folge der Corona-Pandemie.

In dem Zeitraum wuchs die reale Wirtschaftstätigkeit im Mittel zwar um durchschnittlich 1,25 Prozent pro Jahr. Allerdings

fällt die beachtliche jährliche Schwankungsbreite der Wachstumsraten zwischen minus 6,2 und plus 4,5 Prozent auf. Die negativen Ausschläge sind die Folge unvorhersehbarer wirtschaftlicher Schocks, darunter die Immobilienkrise, die Pandemie sowie aktuell die Verknappung von Rohstoffen und die gestiegene Inflation.

Die Veränderungsraten der Erwerbstätigkeit folgen tendenziell der sich ändernden Wirtschaftstätigkeit. Allerdings fällt auf, dass die Schwankungen erheblich geringer ausfallen: Sie betragen zwischen minus 0,8 und plus 2,2 Prozent. Die mittlere Wachstumsrate der Erwerbstätigkeit lag bei 0,88 Prozent pro Jahr. Wichtig für den Zusammenhang zwischen Arbeit und Wirt-

VERÄNDERUNGSRATEN REALES BIP, ARBEITSVOLUMEN UND ERWERBSTÄTIGE (IN %)



ZEW-Berechnungen auf Basis von Daten des Statistischen Bundesamtes

Quelle: ZEW

schaft ist ebenfalls, wie viele Arbeitsstunden die Erwerbstätigen leisten. Hier zeigt sich, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen im Mittel um 0,3 Prozent pro Jahr gewachsen ist, also unterhalb der Wachstumsrate der Anzahl der Erwerbstätigen. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht haben somit zwar mehr Erwerbstätige zur Wirtschaftsleistung beigetragen, aber im Mittel pro Person ihre Arbeitszeit verringert. Die niedrigere Wachstumsrate des Arbeitsvolumens ist wesentlich auf Bildung und Innovationen zurückzuführen, die beide zur Effizienzsteigerung beitragen.

Zusammenfassend verdeutlicht die gesamtwirtschaftliche Betrachtung, dass im Mittel ein knappes Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr notwendig ist, um das Arbeitsvolumen konstant zu halten. Sinkt das Wachstum in der mittleren Frist unter ein Prozent, nimmt zunächst das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen ab. Sinkt das Wachstum weiter oder kommt es sogar zu einer längeren Rezession, wird auch die Erwerbstätigkeit zurückgehen.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, friedhelm.pfeiffer@zew.de



Foto: © pressmaster/stock.adobe.com

Zu langes Festhalten an Krisenpolitiken begünstigt Zombifizierung der Wirtschaft

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sind in der ausklingenden Corona-Krise nun auch noch durch den Ukraine-Krieg mit einer neuen ökonomischen Krisensituation konfrontiert. Die schnelle Krisenabfolge verstärkt die Notwendigkeit in den einzelnen EU-Staaten, Krisenpakete sehr zielgenau und zeitlich begrenzt aufzulegen. So können sie es vermeiden, öffentliche Mittel zu vergeuden, und erhalten ihren finanziellen Handlungsspielraum.

Eine neue Studie des ZEW im Auftrag des Europäischen Parlaments hat vor diesem Hintergrund untersucht, welche EU-Mitgliedstaaten in den letzten zwei Jahren eine nicht ausreichend zielgenaue Corona-Politik betrieben haben und trotz wirtschaftlicher Erholung zu lange im Krisenmodus verbleiben. Zu langsam in der Rückführung der Hilfen agieren insbesondere Italien, Frankreich und Griechenland. Für Deutschland kritisiert die Studie vor allem ein zu langes Festhalten an sehr großzügigen Kurzarbeiterregeln.

Entschlossene fiskalische Reaktionen in Europa im Jahr 2020 war angemessen

Die ZEW-Studie lobt die anfänglich entschlossene fiskalische Reaktion im Jahr 2020 als im Grundsatz angemessen. Vergleicht man allerdings den Umfang der anfänglichen Hilfspakete über die EU-Staaten hinweg, zeigen sich Hinweise auf Übertreibungen. So war der Umfang der Unterstützung in Griechenland, Italien und Deutschland außergewöhnlich hoch. Das gilt auch dann, wenn man den Umfang der Hilfen in Relation zur Schwere der Corona-Rezession setzt.

Weiterhin argumentiert die ZEW-Studie, dass zwei Jahre nach Ausbruch der Pandemie die undifferenzierten massiven Hilfen nicht mehr angemessen sind. Die Lerneffekte im Umgang mit der Pandemie erlauben es, auch bei wiederkehrenden Pandemiewellen die Unterstützung für die Wirtschaft zurückzufahren. Auch stellt die Analyse klar, dass etliche frühere Geschäftsmodelle in der „neuen Normalität“ nicht mehr lebensfähig sein werden. Es ist nicht sachgerecht, Unternehmen über Jahre hinweg zu stützen, wenn ihr Geschäftsmodell durch die pandemie-

bedingten dauerhaften Veränderungen hinfällig geworden ist. Dies würde allenfalls auf eine Zombifizierung der Wirtschaft hinauslaufen.

Die Analyse quantifiziert die geplante Normalisierung der öffentlichen Haushalte in den EU-Staaten bis zum Jahr 2023 und zeigt, dass die Anpassungen in Italien, Frankreich und Griechenland besonders langsam verlaufen. Osteuropäische Staaten wie Estland zeichnen sich demgegenüber durch einen ausgesprochen schnellen Ausstieg aus allen Krisenprogrammen aus. Sie können auf diese Weise vermeiden, dass sich ihre Verschuldungssituation umfassend verschlechtert. Damit sind sie deutlich besser als andere EU-Staaten auf die Bewältigung der neuen, aktuellen Krisenlage vorbereitet.

Kurzarbeitergeld in Deutschland: Fehlanreize und Behinderung des Strukturwandels als Folge

Die ZEW-Studie vergleicht zudem die Merkmale der Kredit- und Kurzarbeiterprogrammen, die die einzelnen EU-Staaten in der Pandemie aufgelegt haben. Bei den staatlichen Kreditgarantien hat Spanien eine besonders vielversprechende Strategie: Es beteiligt die Banken stärker am Ausfallrisiko und setzt somit Anreize, die Lebensfähigkeit von Geschäftsmodellen eingehend zu prüfen.

Bei den Kurzarbeiterregeln sticht Deutschland in der Abwägung zwischen Schutzinteresse und langfristigen Fehlanreizen negativ heraus. Kein anderer EU-Staat praktiziert wie Deutschland den problematischen Anstieg der Lohnersatzrate mit der Länge der Kurzarbeit. Hier ist mit weitreichenden Fehlanreizen und mit einer Behinderung des Strukturwandels zu rechnen. Dieser europäische Vergleich ist ein wichtiges weiteres Argument, die jüngst von der Bundesregierung beschlossene weitere Verlängerung der maximalen Bezugsdauer des Kurzarbeitergelds auf 28 Monate kritisch zu hinterfragen.

Download der Studie: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/689476/IPOL_IDA\(2022\)689476_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2022/689476/IPOL_IDA(2022)689476_EN.pdf)

Prof. Dr. Friedrich Heinemann, friedrich.heinemann@zew.de



Foto: © REDPIXEL/stock.adobe.com

Klimawandel bietet deutschen Unternehmen vielfältige Innovationsanreize

Unternehmen in Deutschland sind auf vielfältige Art und Weise vom Klimawandel betroffen. Dieser Umstand löst in den Unternehmen nicht nur Umweltinnovationen aus, die die Auswirkungen der Klimaveränderungen abfedern sollen, sondern auch sonstige Innovationen. Dies zeigt eine aktuelle Studie des ZEW gemeinsam mit der Hochschule für angewandte Wissenschaften Augsburg.

Der Klimawandel wirkt sich auf die Durchführung von Umweltinnovationen hinsichtlich neuer Produkte und neuer Prozesse in den Unternehmen unterschiedlich aus. Wichtiger Anstoß für Umwelt-Produktinnovationen ist oft – wenig überraschend – die steigende Nachfrage nach klimafreundlichen Produkten. Die Unternehmen konzentrieren sich hier vor allem auf Innovationen, die zu einem geringeren Energieverbrauch des Produkts führen. Staatliche Regulierungen, die dem Klimawandel entgegen wirken sollen, tragen ebenso dazu bei, dass Unternehmen verstärkt Umwelt-Produktinnovationen vornehmen. Eine steigende Kundennachfrage und Klimapolitik stoßen aber auch Umwelt-Prozessinnovationen in den Unternehmen an, die beispielsweise CO₂-Emissionen verringern oder fossile durch erneuerbare Energieträger ersetzen.

Effekt des Klimawandels auf sonstige Innovationen

Aber auch bei den Innovationen, die nicht auf die Verbesserung des Umweltschutzes abzielen, stellen die Studienautoren Auswirkungen des Klimawandels fest. So löst die Nachfrage nach klimaneutralen Produkten sonstige Produktinnovationen aus. Dies deutet darauf hin, dass Klimaneutralität auch für neue Produkte relevant ist, die nicht die Verringerung negativer Umweltauswirkungen zum Ziel haben. Weiterhin stoßen steigende Kosten infolge des Klimawandels sonstige Prozessinnovationen an, denn aufgrund der höheren Energie- und Klimakosten müssen Unternehmen oftmals ihre Produktionsprozesse anpassen.

Die empirische Analyse beschäftigt sich mit der Forschungsfrage, wie Unternehmen in Deutschland ihre Innovationsaktivitäten ändern, wenn sie verschiedenen Folgen des Klimawandels

ausgesetzt sind. Dafür nutzen die Studienautoren Daten zu 8.462 Unternehmen mit mindestens fünf Mitarbeitern/-innen, die im Rahmen des Community Innovation Surveys der Europäischen Kommission im Jahr 2021 erhoben wurden.

Für die Umfragewelle 2021 wurde unter ZEW-Beteiligung ein Maß entwickelt, das abbildet, wie stark Unternehmen vom Klimawandel betroffen sind. Es berücksichtigt vier Dimensionen, wie sich Veränderungen des Klimas auf Unternehmen auswirken: erstens direkte Einflüsse von extremen Wetterbedingungen (zum Beispiel Sturmschäden), zweitens Kosten zur Anpassung an die Auswirkungen von Klimaveränderungen (zum Beispiel eine Reorganisation von Produktion und Auslieferung bei sehr hohen Temperaturen), drittens Politikmaßnahmen, die den Klimawandel abfedern sollen (zum Beispiel Emissionssteuern) und viertens eine veränderte Kundennachfrage nach klimafreundlichen Produkten.

Mehrheit der deutschen Unternehmen von Folgen des Klimawandels betroffen

Werden alle vier Maße zusammen betrachtet, ist für eine Mehrheit von insgesamt 60,8 Prozent der Unternehmen mindestens eine der beschriebenen Folgen des Klimawandels für ihr Geschäft sehr oder moderat relevant. Steigende Kosten und Inputpreise machen insgesamt 45,9 Prozent zu schaffen, gefolgt von staatlichen Klimaschutzregulierungen (34,3 Prozent). Insgesamt 28,8 Prozent der Unternehmen berichten von einer gestiegenen Kundennachfrage nach klimafreundlichen Produkten, 26,0 Prozent von extremen Wetterbedingungen.

Die größten Anteile an Unternehmen, die vom Klimawandel betroffen sind, finden sich in den Branchen Energieversorgung und Bergbau (55,9 Prozent) sowie Transport und Lagerung (50,8 Prozent). Am wenigsten betroffen sind laut ZEW-Studie die Branchen Telekommunikation, Programmierung und Informationstechnologie (10,2 Prozent) sowie Recht, Buchhaltung, Beratung und Werbung (5,5 Prozent).

Download der Studie: www.zew.de/PU83283

Dr. Christian Rammer, christian.rammer@zew.de



Foto: © Jürgen Fälchle/stock.adobe.com

Wie hängen Umweltkatastrophen und die Überzeugung zum Klimawandel zusammen?

Personen, die davon überzeugt sind, dass es den Klimawandel gibt, werden durch ein Hochwasser vor der eigenen Haustür in ihrer Haltung bestätigt. Doch überzeugt eine solche Hochwassererfahrung auch Skeptiker des Klimawandels von seiner Existenz?

Die öffentliche Unterstützung von Klimaschutzpolitik hängt maßgeblich von der Überzeugung der einzelnen Bürger/innen bezüglich des Klimawandels ab. Personen, die von der Existenz des Klimawandels überzeugt sind, werden klimapolitische Maßnahmen eher gutheißen als Skeptiker, die nicht an den Klimawandel glauben. Doch wie werden diese Überzeugungen dadurch beeinflusst, dass die Einzelnen unmittelbar von einer Naturkatastrophe betroffen sind, die direkt mit dem Klimawandel zusammenhängen könnte? Dieser Frage ist das ZEW in einer aktuellen Analyse nachgegangen.

Jahrhunderthochwasser 2013: Zehntausende evakuiert, Schäden in Milliardenhöhe

Die Untersuchung beruht auf dem Sozio-Ökologischen Panel, einem Datensatz, der auf gemeinsamen Umfragen des RWI – Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und des Marktforschungsinstituts forsa in den Jahren 2012 bis 2015 beruht. Das Sozio-Ökologische Panel beinhaltet Daten zu 11.194 Haushalten in Deutschland, deren geografische Lage und Entfernung zum Hochwasser des Jahres 2013 exakt bestimmt wurde. Ausschließlich in Deutschland gelegene Hochwassergebiete wurden betrachtet. Die Umfrageteilnehmer/innen wurden in zwei Gruppen eingeteilt, je nachdem, ob sie bereits zum Zeitpunkt vor dem Hochwasser von der Existenz des Klimawandels überzeugt waren oder nicht. Unentschlossene wurden nicht betrachtet.

Diese Daten wurden mit Satellitenaufnahmen des Hochwassers im Mai/Juni 2013 kombiniert. Das Hochwasser wurde durch extrem starke Regenfälle ausgelöst und betraf insbesondere Regionen entlang der Donau und der Elbe sowie ihrer Zuflüsse. Es verursachte in Deutschland Schäden in Höhe von insgesamt 6,2 Milliarden Euro, vor allem in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, aber auch in Baden-Württemberg und Bayern. 600.000

Menschen waren vom Hochwasser betroffen, 80.000 mussten evakuiert werden, 14 Menschen starben.

Die Studie betrachtet Klimawandel-Skeptiker und Personen, die nicht am Klimawandel zweifeln, die einen halben, einen, zwei und fünf Kilometer vom Hochwasser entfernt wohnten. Klimawandel-Skeptiker waren im Durchschnitt eher männlich, schlechter ausgebildet, politisch konservativer, älter und lebten eher in Ostdeutschland.

Vom Klimawandel überzeugte Personen fühlen sich in ihrer Haltung bestätigt

Die ZEW-Studie untersucht, wie das Hochwasser im Jahr 2013 Personen dieser beiden Überzeugungsgruppen in ihrer Haltung zum Klimawandel unterschiedlich beeinflusst hat. Es zeigt sich, dass sowohl die Entfernung zum Hochwasser als auch die vorherige Überzeugung zum Klimawandel eine Rolle spielten.

So hatte das nahe Hochwasser insbesondere für diejenigen Personen einen Effekt, die weniger als einen Kilometer vom Hochwasser entfernt wohnten, die also sehr unmittelbar von den Fluten betroffen waren. Dieser Effekt fiel für die beiden Personengruppen, je nach vorheriger Überzeugung, unterschiedlich aus. Waren die Anwohner/innen bereits vor dem Hochwasser davon überzeugt, dass der Klimawandel existiert, fühlten sie sich anschließend in ihrer Haltung bestätigt.

Klimawandel-Skeptiker hingegen zeigten sich vom nahen Hochwasser in Deutschland in ihrer Überzeugung zum Klimawandel eher unbeeindruckt. Zwar wurde auch bei ihnen ein Sinneswandel beobachtet, dieser stand jedoch nicht im Zusammenhang mit der lokalen Hochwassererfahrung.

Insofern zeigen die Ergebnisse, dass das Auftreten des Hochwassers in der direkten Umgebung vorab bestehende Überzeugungen zur Existenz des Klimawandels bestätigte, jedoch keinen messbaren Effekt auf die Ansichten von Klimawandel-Skeptikern in Deutschland hatte.

Download der Studie unter: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S095937802200053X>

Dr. Daniel Osberghaus, daniel.osberghaus@zew.de



Foto: © xiao zhou / istockphoto.com

Gegner/innen des politischen Systems der DDR leben seit dem Mauerfall zufriedener

Die Demokratisierung der DDR nach dem Mauerfall 1989 hat sich auf Gegner/innen und Befürworter/innen des politischen Systems der DDR unterschiedlich ausgewirkt. Ehemalige Gegner/innen sind nach dem Mauerfall im neuen demokratischen und marktwirtschaftlichen System deutlich zufriedener mit ihrem Leben als zuvor. Ganz anders hingegen ehemalige Befürworter/innen des alten Systems: Sie haben nach dem Mauerfall eine erheblich geringere Lebenszufriedenheit.

Anhand von Daten aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) aus den Jahren 1990 bis 2018 analysierten die Wissenschaftler die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebensumstände der ehemaligen Befürworter/innen und Gegner/innen der DDR im nun wiedervereinigten Deutschland. Die Autoren identifizieren Gegner/innen über die Teilnahme an DDR-kritischen Demonstrationen in den Jahren 1989 und 1990, während angenommen wird, dass Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) sowie Beschäftigte im staatlich überwachten X-Sektor Befürworter/innen des DDR-Regimes waren.

Die Auswirkungen, die die veränderten Lebensumstände nach dem Mauerfall auf die beiden Bevölkerungsgruppen haben, sind erheblich. Die Lebenszufriedenheit von Gegner/innen des DDR-Systems verbesserte sich um mehr als einen halben Punkt auf einer Skala von null bis zehn. Dies ist vergleichbar mit dem Anstieg der Lebenszufriedenheit von Arbeitslosen, wenn sie eine neue Stelle finden. Dagegen verloren die Befürworter/innen des sozialistischen Regimes auf einer Skala von eins bis zehn fast einen ganzen Punkt. Dies entspricht etwa den Auswirkungen eines Jobverlusts.

Befürworter/innen des DDR-Regimes konnten ihre Privilegien nicht halten

Weiterhin weisen die ehemaligen Gegner/innen nach dem Mauerfall im demokratischen, marktwirtschaftlichen Deutschland stabilere Beschäftigungsverhältnisse auf: Ihr Einkommen steigt um fast acht Prozent im Vergleich zur politisch unaktive Mehrheit der ehemaligen DDR-Bevölkerung. Über den Lebens-

lauf hinweg sind ehemalige Oppositionelle der DDR im Durchschnitt ein halbes Jahr weniger arbeitslos als die politisch inaktive Mehrheit der ehemaligen DDR-Bürger/innen.

Eine solche Lohnprämie ist hingegen bei den ehemaligen Befürwortern/-innen des sozialistischen Systems nicht zu beobachten. Sie sind zudem im Erwerbsleben häufiger arbeitslos gemeldet. Die früheren Befürworter/innen des DDR-Regimes konnten demnach ihre wirtschaftlichen Privilegien aus dieser Zeit nicht in das wiedervereinigte Deutschland überführen.

Die unterschiedlichen Entwicklungen werden, wie die ZEW-Studie zeigt, nicht durch verschiedene Verhaltensweisen von Gegnern/-innen und Befürwortern/-innen des DDR-Regimes nach dem Mauerfall hervorgerufen. Auch die Wiedervereinigung als solche scheint keine entscheidende Rolle gespielt zu haben. Die Gründe für die Unterschiede sind vielmehr die Demokratisierung und die damit einhergehende Abschaffung von diskriminierenden Praktiken des DDR-Regimes gegen politische Gegner/innen. Insgesamt ist somit festzustellen, dass diejenigen, die für die Demokratie kämpfen, durch eine höhere Lebenszufriedenheit und bessere Arbeitsmarktergebnisse entschädigt werden können als diejenigen, die an einem untergegangenen System festhalten.

Befürworter/innen wählen heute eher Die Linke

Weiterhin zeigt die ZEW-Studie, dass Gegner/innen und Befürworter/innen des sozialistischen DDR-Regimes selbst Jahrzehnte nach dem Ende der DDR unterschiedliche politische Präferenzen aufweisen. Ehemalige Befürworter/innen wählen auch heute noch mit größerer Wahrscheinlichkeit Die Linke, die Nachfolgepartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – ein Zeichen für den Fortbestand der politischen Ideologie bei Personen dieser Gruppe. Dies ist bei den ehemaligen Gegnern/-innen nicht der Fall. Sie tendieren eher dazu, die CDU zu wählen und wählen seltener Die Linke. Bei den anderen Parteien sind die Unterschiede weniger stark ausgeprägt.

Download der Studie: www.zew.de/PU83311

Dr. Martin Lange, martin.lange@zew.de

Nachgefragt: Wie lassen sich Immobilien für die Altersvorsorge nutzen?

„Der Markt mit Verrentungsprodukten wächst auch in Deutschland immer mehr“

Viele Menschen haben im Rentenalter zu wenig Geld, obwohl sie eine Immobilie besitzen. Um dieses Problem zu lösen, sind in den vergangenen Jahren verschiedene Modelle zur Immobilienverrentung auf den Markt gekommen – unter anderem die Leibrente, der Verkauf mit Nießbrauch und der Teilverkauf. Im Interview erläutert Dr. Karolin Kirschenmann die verschiedenen Produkte und erklärt, für welche Personen sie in Frage kommen.

Für wen lohnt sich die Verrentung der eigenen Immobilie?

Grundsätzlich eignet sich die Verrentung von Immobilien für Eigentümer, die ihr Haus oder ihre Wohnung nicht vererben wollen oder können, weil sie zum Beispiel keine Nachkommen haben oder die Kinder im Ausland sind. Auch die Vermeidung von Erbstreitigkeiten könnte ein Motiv sein. Außerdem kommen die Produkte vor allem für diejenigen in Frage, die trotz Immobilie eine vergleichsweise kleine Rente beziehen und ihren Lebensstandard im Alter halten möchten. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund einer wachsenden Rentenlücke für die derzeitige wie künftige Rentnergenerationen wichtig.

Bisher haben Haushalte in Deutschland meistens für eine Immobilie gespart mit dem Gedanken, dass sie im Alter mietfrei wohnen können. Mit der Immobilienverrentung gibt es nun einen neuen Gedanken: dass sie das Geld, das in der Immobilie steckt, aus den Steinen herauslösen können. Generell kann man sagen: Je größer der Wert der Immobilie ist und je älter man ist, desto höher ist auch die monatliche Rente, die man durch ein Verrentungsprodukt erzielen kann.

Die bekanntesten Produkte sind die Leibrente mit Wohnrecht und der Verkauf mit Nießbrauch. Wo liegen die Unterschiede?

Bei der klassischen Leibrente verkauft man sein Haus an den Leibrentenanbieter und bekommt im Gegenzug je nach Vereinbarung entweder eine lebenslange Rente oder eine Rente auf Zeit. Gleichzeitig behält der/die Verkäufer/in das Recht, in der Immobilie mietfrei wohnen zu bleiben. Das heißt er bekommt ein sogenanntes Wohnrecht, welches auch im Grundbuch eingetragen wird. Das Wohnrecht erlischt in der Regel, sobald man aus der Immobilie auszieht.

Bei einem Verkauf mit Nießbrauch erhält man den Kaufpreis auf einen Schlag und ist für die Instandhaltung der Immobilie weiterhin selbst verantwortlich. Außerdem endet der Nießbrauch erst mit dem Tod. Zieht der/die Bewohner/in etwa ins Pflegeheim, kann er als Nießbrauchberechtigter sein Zuhause weiterhin vermieten und Einnahmen generieren – dies ist bei der Leibrente mit Wohnrecht nicht möglich.

Und welche Möglichkeiten bietet ein Teilverkauf?

Hier verkaufen Senioren/-innen ihre Immobilie nicht komplett, sondern nur bis zur Hälfte. Das heißt sie haben nach dem Verkauf eine/n Miteigentümer/in, mit dem sie alle weiteren Ent-

scheidungen bezüglich der Immobilie absprechen müssen. Sie dürfen zwar weiterhin die gesamte Immobilie nutzen, zahlen aber für den Teil, der ihnen nicht mehr gehört, ein Nutzungsentgelt an den/die Miteigentümer/in. Der Teilverkauf ist vor allem für diejenigen interessant, die Wert darauf legen, Eigentümer/in zu bleiben. Generell gilt für alle diese Produkte: Man muss sich die Konditionen sehr genau anschauen und überlegen, was zu einem selbst passt. Wie lange möchte man in der Immobilie bleiben? Möchte man sich noch darum kümmern, Handwerker ins Haus zu holen? Wie jung oder alt ist man? Wie ist der Gesundheitszustand? All diese Dinge sind relevant, weshalb man schlecht eine pauschale Lösung finden und empfehlen kann.

Wie verbreitet sind die Produkte auf dem deutschen Markt?

Generell sind die Verkaufszahlen noch eher gering. Ein Hindernis, das derzeit noch auf dem deutschen Markt besteht, ist zum Beispiel das Fehlen einheitlicher Produktstandards. Das heißt es fehlen bestimmte Standards für Qualität oder Merkmale, die diese verschiedenen Produkte erfüllen müssen, damit ich als Verbraucher/in objektiv Kriterien habe, mit denen ich das Angebot vergleichen kann. Derzeit gibt es keinerlei Regulierung auf dem Markt. Mindeststandards gibt es beispielsweise schon jetzt in Großbritannien. Dort gibt es einen größeren Markt für solche Produkte, der komplett privat organisiert ist, aber eben mit einer entsprechenden regulatorischen Begleitung.

Was wir aber sehen: Der deutsche Markt wächst immer mehr. Dies sieht man auch daran, dass es vermehrt Werbung zu diesem Thema gibt. Vor dem Hintergrund, dass die Rentenlücke in Zukunft eher größer wird und der Tatsache, dass wir länger arbeiten müssen, könnte die Bedeutung dieser Produkte für die zukünftigen Rentnergenerationen noch deutlich zunehmen.

➔ Mehr zum Thema unter: www.zew.de/AM8153



Foto: © Anna Logue Fotografie

Dr. Karolin Kirschenmann

ist stellvertretende Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Altersvorsorge und nachhaltige Finanzmärkte“. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Banking und der globalen Finanzintermediation. Dabei beschäftigt sie sich zum einen mit der Ausbreitung von Krisen durch globale Bankennetzwerke und den Folgen für die Realwirtschaft, zum anderen mit dem Verhalten von Sparern in Krisen. Ihre neuesten Forschungsprojekte beschäftigen sich mit der Rolle von Banken bei der Transformation hin zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft. karolin.kirschenmann@zew.de

Wirtschaftspolitik aus erster Hand – Deutschland braucht mehr digitale Souveränität

Bei digitalen Schlüsseltechnologien und der digitalen Transformation des Gesundheitswesens kann Deutschland nicht mit anderen Ländern mithalten – das kritisiert die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) in ihrem Jahresgutachten 2022. Was jetzt getan werden muss, diskutierten am 28. April 2022 Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs „Digitale Ökonomie“ und Mitglied der EFI-Expertenkommission, und Dr. Anna Christmann, Bundestagsabgeordnete und Beauftragte für die Digitale Wirtschaft und Start-ups des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, in der ZEW-Veranstaltungsreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“.

„Damit Deutschland bei digitalen Technologien nicht weiter den Anschluss verliert, sollte die Förderung stärker europäisch gedacht werden“, betonte Bertschek. Ein Beispiel dafür sei das Engagement in den IPCEI-Initiativen, den „Important Projects of Common European Interest“ der Europäischen Kommission. Die Frage, wie Deutschland Treiber einer europäischen Technologieentwicklung sein kann, hielt auch Christmann für zentral. „Mit der Ansiedlung von Intel in Magdeburg und einer Bosch-Chipfabrik in Dresden sehen wir, dass erste Schritte passieren“, betonte sie. Neue Impulse verspricht sich die Grünen-Politikerin durch die im Koalitionsvertrag angekündigte Deutsche Agentur für Transfer und Innovation (DATI). Diese soll Innovationen insbesondere an Fachhochschulen sowie kleinen und mittleren Universitäten fördern. Bertschek kritisierte, dass größere Unter-

nehmen und Universitäten nach den jetzigen Plänen als relevante Akteure vernachlässigt würden.

Auch die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist ein Kernthema des diesjährigen EFI-Gutachtens. Bertschek betonte, dass digitale Technologien die Gesundheitsversorgung „nicht nur effizienter machen, sondern auch qualitativ verbessern“. Dem stimmte Christmann zu: Bezüglich einer besseren Datenverfügbarkeit für Forschungszwecke sei es beispielsweise „eine wichtige Stellschraube“, dass künftig allen Versicherten eine digitale Patientenakte per Opt-out-Modell zur Verfügung stehe.



Dr. Anna Christmann (links) und Prof. Dr. Irene Bertschek (rechts) im Austausch zum EFI-Jahresgutachten 2022.

Foto: ZEW

Digitale Märkte und Kartelle im Fokus der MaCCI-Jahreskonferenz 2022

Die digitale Ökonomie stellt die Politik im Hinblick auf Innovationen, Wettbewerb und Regulierung vor enorme Herausforderungen. Wie können digitale Märkte angemessen reguliert, wie Innovationen gefördert und gleichzeitig der Wettbewerb fair ausgestaltet werden? Diese und viele weitere Fragen diskutierten rund 190 Teilnehmer/innen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft bei der diesjährigen Jahreskonferenz des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) am ZEW.

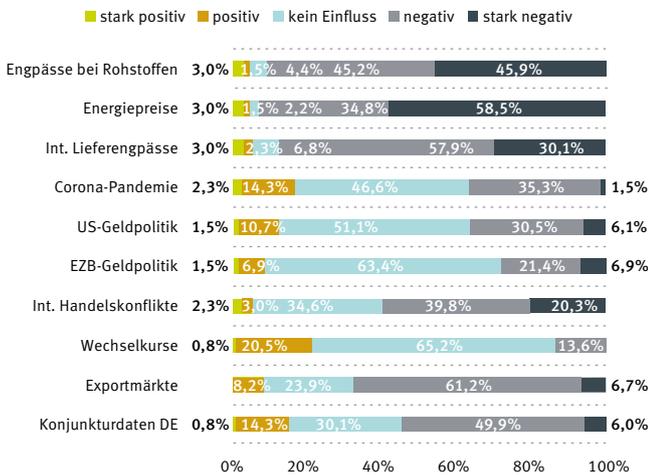
Am ersten Konferenztag standen verschiedene Aspekte der digitalen Ökonomie, Innovationsökonomik und Marktstruktur im Mittelpunkt. Frédéric Jenny (Vorsitzender des OECD-Wettbewerbsausschusses und Professor an der ESSEC Business School) thematisierte in seiner Keynote aktuelle Herausforderungen von Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik in digitalen Märkten. Er betonte, die aktuell als relevant deklarierten Märkte seien nicht diejenigen Märkte, die die Aufmerksamkeit der Wettbewerbsbehörden auf sich ziehen sollten. Konzentration in diesen Märkten seien schlechte Indikatoren für Marktmacht. Besser wäre es, den Fokus auf die Geschäftsmodelle der Unternehmen zu legen.

In der folgenden Panel-Diskussion mit dem Titel „The DMA – A Critical Appraisal“ diskutierten Silke Hossenfelder (Abteilungs-

leiterin für Grundsatzfragen des Kartellsrechts beim Bundeskartellamt), Inge Graef (Professorin für Wettbewerbsrecht an der Universität Tilburg, Niederlande) und Simonetta Vezzoso (Professorin an der Universität Trient, Italien) gemeinsam mit Professor Jens-Uwe Franck von der Universität Mannheim & MaCCI, der das Panel organisiert hatte und moderierte. Die Diskussionsrunde betonte, der Digital Markets Act (DMA) sei Teil eines größeren Gesetzeskonstrukts zur Regulierung digitaler Märkte. Es sei jedoch kein Gesetz zu Kartellrechtsbestimmungen im herkömmlichen Sinne, sondern als komplementäre Regulierung zur bestehenden Gesetzgebung zu verstehen.

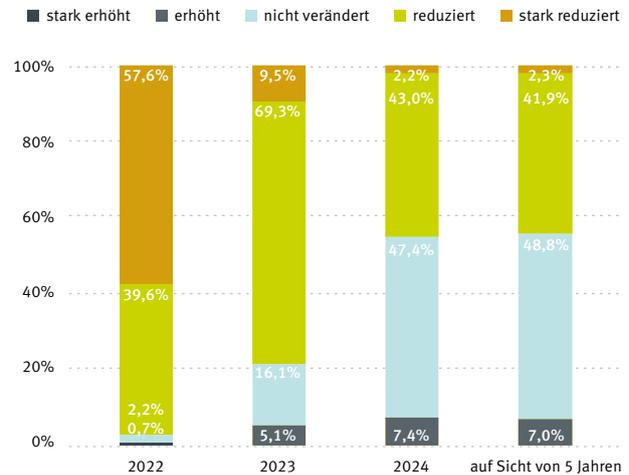
Der zweite Konferenztag beinhaltete Vorträge zu Themen wie vertikale Marktstrukturen, Umweltökonomie, Markups oder Common Ownership. In der Keynote präsentierte Professor John Asker (University of California, USA) Ergebnisse aus einer gemeinsamen Studie mit Professor Allan Collard-Wexler (Duke University, USA) und Professor Jan De Loecker (KU Leuven, Belgien). Die Ko-Autoren entwickelten ein ökonomisches Modell, das gleichzeitig Wohlfahrtsverluste und Ineffizienzen in der Produktion zulässt – normalerweise fokussieren sich ökonomische Modelle auf eines der beiden Phänomene.

Weniger Wirtschaftswachstum in Deutschland erwartet



Quelle: ZEW

Neue geopolitische Situation wirkt sich negativ auf BIP-Prognosen aus



Quelle: JLL und ZEW

Für 2022 und die kommenden Jahre erwarten die Finanzmarktexperten/-innen für die deutsche Wirtschaft im Durchschnitt stabile jährliche Wachstumsraten zwischen 2,0 und 2,5 Prozent. Sie rechnen damit, dass das Wachstum durch Energiepreise, Rohstoffknappheit und Unterbrechungen in den Lieferketten stark negativ beeinflusst wird. Das sind die Ergebnisse der Sonderfrage zum ZEW-Finanzmarkttest April 2022. Für 2023 prognostizieren sie eine mittlere Wachstumsrate von 2,5 Prozent, für 2024 von 2,0 Prozent. Unterbrechungen in den Lieferketten sind ein bedeutender Faktor mit negativen Folgen für das Wachstum. Hinzu kommen steigende Energiepreise sowie Rohstoffknappheit in Deutschland, die sich ebenfalls nachteilig auf das reale BIP auswirken. Geringere negative Effekte gehen von weiteren Faktoren wie den aktuellen Konjunkturdaten in Deutschland, Exportmärkten und internationalen Handelskonflikten aus.

Thibault Cézanne, thibault.cezanne@zew.de

Mit Blick auf die neue geopolitische Situation durch den Krieg in der Ukraine hat eine deutliche Mehrheit der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten/-innen ihre BIP-Prognosen für die Jahre 2022 und 2023 erheblich nach unten korrigiert. So geben 40 Prozent von ihnen an, dass sie ihre Prognosen für das Jahr 2022 leicht reduziert haben, knapp 58 Prozent sogar sehr stark. Für das Jahr 2023 dreht sich das Bild: Während nur noch knapp zehn Prozent ihre Prognosen stark reduziert haben, erwartet mit rund 69 Prozent die Mehrheit der Experten/-innen für 2023 noch leichte negative Auswirkungen. Auch für die Jahre nach 2023 rechnen die Finanzmarktexperten/-innen weiterhin mit negativen Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland aufgrund der neuen geopolitischen Lage. Für das Jahr 2024 erwarten noch rund 45 Prozent der Befragten einen negativen Effekt, auf Sicht von fünf Jahren sind es rund 44 Prozent.

Frank Brückbauer, frank.brueckbauer@zew.de



MannheimTaxation-Jahreskonferenz

Die neunte MannheimTaxation-Jahreskonferenz findet am 8. und 9. September 2022 als zweitägige Konferenz statt. Die Veranstaltung wird im Rahmen des Leibniz-WissenschaftsCampus MannheimTaxation organisiert, eine gemeinsame Initiative von ZEW und Universität Mannheim. Die Hauptrednerinnen sind Rita de la Feria von der University of Leeds (Vereinigtes Königreich) und Nadine Riedel von der Universität Münster. Konferenzbeiträge, die sich mit Steuerforschung im weitesten Sinne befassen, können bis 29. Mai 2022 eingereicht werden.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3741

Podiumsdiskussion zu Digital Health

Am 1. Juni 2022 veranstalten das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg und das ZEW eine Podiumsdiskussion zu „Digital Health: Warum Deutschland mehr Gesundheitsdaten braucht“ in Stuttgart. Diskutanten sind Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Anna Bauer-Mehren, Head of Data Science in der Pharma-Forschung bei Roche Diagnostics GmbH, Johannes Bauernfeind, Vorstandsvorsitzender der AOK Baden-Württemberg und ZEW-Präsident Achim Wambach.

Weitere Informationen unter: www.zew.de/VA3821



Foto: Anna Logue

Lehren aus der Russland-Falle

Der Krieg in der Ukraine erinnert in trauriger Weise daran, dass wirtschaftspolitische Fragen nicht von sicherheitspolitischen Fragen zu trennen sind. Wirtschaftliche Erpressbarkeiten beschränken den sicherheitspolitischen Handlungsspielraum. Die Vermeidung von Ab-

hängigkeiten steht neu im Fokus der Wirtschaftspolitik. Deutschland hat sich von russischen Energielieferungen abhängig gemacht. Wir lebten lange und gut in dem Glauben, dass Wirtschaftspolitik und Sicherheitspolitik unabhängige Politikbereiche seien, beziehungsweise dass gerade der Handel zur Stabilität beitrage. Der frühere Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher brachte dies schon 1987 so auf den Punkt: „Der Außenhandel hat eine eminent friedenssichernde Funktion.“

Die internationale Ausrichtung der Wirtschaft und die Liberalisierung der Energiemärkte bringen Wohlstand, machen diese aber verletzlich. Diese Einsicht ist nicht völlig neu. Seit einigen Jahren, bedingt durch insbesondere das Dominanzstreben Chinas, mehren sich die Rufe nach einem „souveränen Europa“, das weniger von Drittstaaten abhängig sein sollte.

Ein Ansatz zu mehr Souveränität ist es, Produktion nach Europa zu verlagern. Neben der Produktion vor Ort bietet vor allem auch die Diversifizierung, also der Aufbau paralleler Lieferketten, die Möglichkeit, Abhängigkeiten zu reduzieren. Diversifizierung ist Bestandteil der Einkaufspolitik jedes Unternehmens, „dual-sourcing“ Strategien, also die Vertragsbeziehung mit zwei oder mehr Lieferanten für dieselbe Komponente, sind üblich. Fällt ein Lieferant aus, kann der andere einspringen. Eine Konsequenz der jetzt im Fokus stehenden Abhängigkeiten sollte daher sein, Unternehmen diese Diversifizierungen zu erleichtern. Ein wichtiges Instrument sind dafür internationale Handelsverträge, die Lieferbeziehungen über Grenzen vereinfachen und alternative Märkte öffnen können. Die EU sollte daher die geplanten Abkommen mit lateinamerikanischen (Mercosur) und asiatischen Staaten (ASEAN) und weitere beschleunigen.

Diversifizierung durch Unternehmen ist aber nicht ausreichend, wenn es um systemische Risiken geht, die die Störung der Funktionsfähigkeit eines gesamten Systems verursachen können.

Systemische Risiken sind bekannt aus der Finanzkrise 2008/09, in der der Zusammenbruch von Lehmann Brothers das Bankensystem lahmlegte und Staaten mit massiven Hilfsprogrammen einspringen mussten. Systemische Risiken gibt es auch im Energiemarkt, wie sie etwa in Texas 2021 auftraten, als wetterbedingt die Stromversorgung für mehrere Tage unterbrochen war, was zu gravierenden Schäden führte.

Die Erfahrung kann genutzt werden, um systemischen Risiken entlang von Lieferketten zu begegnen. Im Bankensektor führt die Europäische Zentralbank regelmäßig Stresstests durch, um die Resilienz des Sektors zu überprüfen. Im Stromsektor setzen viele Länder auf Kapazitätsmärkte, bei denen langfristige Verträge abgeschlossen werden, um Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Ähnliche Überlegungen sollten in die Planung zu einer stärkeren Souveränität Europas Einzug halten: In wichtigen Feldern sollten Unternehmen nachweisen müssen, dass sie ihre Lieferketten ausreichend diversifiziert haben und dass sie, auch durch langfristige Verträge, gegen Knappheitssituationen abgesichert sind. Stresstests, etwa die Simulation eines Lieferstopps aus China, würden dazu beitragen, die Resilienz der jeweiligen Märkte zu überprüfen.

Die Vermeidung von wirtschaftlichen Abhängigkeiten ist aus sicherheitspolitischen Gründen und aus Versorgungsgründen notwendiger Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Der Beitrag, den Unternehmen dazu leisten können, sollte dabei mehr in den Fokus der Politik rücken. Erleichterungen der Diversifizierung von Lieferketten sowie die Übertragung der Erfahrungen aus Märkten mit systemischen Risiken können dazu beitragen, die Wirtschaft resilienter zu machen.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD

Dieser Beitrag ist in einer längeren Version am 16.04.2022 in der Zeitschrift „Merkur“ erschienen.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, PhD · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Ruprecht Hammerschmidt · Telefon +49 621 1235-132 · ruprecht.hammerschmidt@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2022